



DER TAGESSPIEGEL

Die seltsamen Neigungen von Sozialdemokraten



Mattéo Renzi macht den Schröder und dient dem Saudi-Prinzen

In Ex-Regierungschef, der nach dem Verlust des Amtes die Hand vor ausländischen Regierungen aufhält: Auch Italien hat seit kurzem einen Fall Schröder, Mattéo Renzi, früher Chef des sozialdemokratischen Partito democratico (PD) und von 2014 bis 2016 Ministerpräsident, list zuletzt öft in Saudi-Arabien auf als in der zweiten Parlamentskammer, wo er nach wie vor einen Wählerinnenanfang zu vertreten hat.
Sogar als die Seinen Amtsnachfolger Giuseppe Conte 2021 in den Rücktritt trieben, war der Chef gerade geschäftlich im Königreich unterwegs. Für seine bisher nicht im Detail bekannte Beratung, um die saudische Wüstenlandschaft mit Öko-Städten zu begründen, soll er bereits eine gute Million Euro kassiert haben. Bekannt sind dagegen seine Hymnen auf den starken Mann der theoretischen Monarchie, Kronprinz Mohammed bin Salman. Für Renzi ist MBS, der Frauenschleicherinnen in Foltergefängnisse wirft, weil sie Auto fahren, und internationaler Untersuchung zufolge den oppositionellen Journalisten Jamal Khashoggi in Istanbul kidnappen und ermorden ließ, „mein Freund, den ich seit Jahren kenne“. Seine Diktatur sei Ort „einer möglichen neuen Renaissance“ und sein Auftrag zum Mond gar nicht erwiesen.

MBS sei sein Freund, freut sich Renzi – und kassiert Millionen für Beratung
Lobpreis auf Diktatoren mit blutigen Händen („Putin ist ein lupenreiner Demokrat“) und Millionenengagen für – ja, was eigentlich? Das klingt bekannt, und der Ähnlichkeiten nach, attackierte den Kündigungsschutz und fand am Haushalt mit einer monatlichen Steuerentlastung von 80 Euro ab. Auf Kritik an seiner lukrativen Nebenbütigkeit – nach Euro und Petrodollar wolt er ein Hauptbot – reagierte Renzi empört wie die verfolgte Unschuld: „Wollen wir etwa einem italienischen Ex-Premier verbieten, was ständig alle anderen Ex-Regierungschefs weltweit tun?“ Und die Frage kann man stellen. In seinem Fall geht es zwar auch um juristisch Relevantes – die Staatsanwaltschaften in Florenz und Rom ermitteln, weil seine Rechnungen ohne echte Gegenleistungen ausgestellt worden sein sollen –, aber seine Vorgänger sind zahlreich: Gerhard Schröder, der schon als Kanzler die Gaspipeline Nord Stream 1 mit Wladimir Putin ausheckte, Ex-Premier Tony Blair, der seine Traumhonore noch durch Steuervermeidung steigerte, oder ein anderer hoher Sozialdemokrat, der für 10 000 Euro pro Monat einen ausbeuterischen Fleischkonzern beriet. Vom Koordinatensystem, das die Arbeiterparteien groß machte, ist wenig übrig.
Zurück nach Italien: In Rückblick auf „Mami pulite“, die Korruptionsermittlungen, die im Februar vor 30 Jahren begannen und Italiens Erste Republik beendeten, zog Gherardo Colombo, einer der Staatsanwälte von damals, bittere Bilanz: Herrschend bleibe ein „verbreitetes kulturelles Modell“, in dem persönliches und öffentliches Interesse im Gegensatz zueinander stünden. Dass so viel Prominenz mit schlechtem Beispiel vorangeht, dürfte den Erfolg des Modells garantieren. Und nicht nur Italien leidet darunter.



Bitte kein Schnellschuss in Mali

Berlin darf sich nicht der harten Haltung Frankreichs anschließen – aus Eigeninteresse

VON ULF LAESSING

Frankreich will seine bisher in Mali stationierten Anti-Terror-Truppen nach Niger verlegen – doch dies würde Rückzugsräume für Terroristen in Mali schaffen. In jedem Fall wird es nach einem Abzug der Franzosen sowie des europäischen Spezialtruppenverbands Takuba für die Bundeswehr und die UN-Kontingente schwieriger, ihren Auftrag zu erfüllen, da beide keine Kampftruppen haben. Deutschland wird aber dennoch weiter in Mali gebraucht. Es geht darum, einen Flächenbrand in Westafrika zu verhindern. Ohne den Einsatz der Bundeswehr und der Blauhelmschiffe wäre die Situation in Mali noch dramatischer, ja, der Staat steht an der Schwelle zum Kollaps. Aber noch kontrolliert die Regierung die meisten Städte im umkämpften Norden und im Süden sowie den Stützpunkt der Hauptstadt Bamako, auch dank der UN-Blauhelme. Ohne diese Schutz könnte Deutschland seine Entwicklungsprojekte nicht umsetzen – dieses Jahr etwa im Volumen von 750 Millionen Euro. Dieses Engagement ist ein wichtiges Zeichen der Verengung in Paris, die bereits jetzt ein Heer von Arbeits- und Perspektivlosen in die Arme der Terroristen treibt.

Man kann die Verengung in Paris verstehen. Französische Truppen hatten auf Wunsch der malischen Regierung den Vormarsch der Dschihadisten 2013 im Norden auf Bamako gestoppt, 53 französische Soldaten wurden seitdem getötet. Trotzdem werden viele Malier – angefeuert von „Fake News“ der ehemaligen Kolonialmacht – sagen vor. Dabei ist es vor allem der malische Staat, der gescheitert ist. Die Behörden sind nie in die von Franzosen und den UN-Truppen befriedeten Gebiete zurückgekehrt, während die Dschihadisten immer zurückkamen. Aber auch viele im Westen hatten falsche Erwartungen und dachten, man könne hier einen Rechtsstaat nach westlichem Verständnis aufbauen. Es ist schwer zu sagen, ob die Risse zwischen Frankreich und Mali noch zu kitten sind. Die militärische Übergangsregierung hat nun auch noch russische Soldaten und Söldner ins Land geholt, um die Terroristen zu bekämpfen. Moskau reißt sich die Hände: Mit der Entsendung hat man den Westen gespalten und dazu beigetragen, Frankreich zum Abzug zu bewegen. Aber ein paar hundert russische Söldner werden nicht die

Wende im Kampf gegen den Dschihadismus bringen.
Bei allem Frust dürfen die geopolitischen Zusammenhänge nicht vergessen werden: Die Stabilität des Sahel-Raums ist wichtig für Europa, nicht nur wegen einer Ausbreitung von dschihadistischen Gruppen. Auch wegen der Demographie: Die Sahelstaaten zählen zu den ärmsten Ländern der Welt; zugleich verzeichnen sie eine der höchsten Wachstumsraten bei der Bevölkerungsentwicklung. Hatte Mali bei der Unabhängigkeit 1960 etwa vier Millionen Einwohner, so sind es jetzt etwa 21 Millionen. Das Durchschnittsalter beträgt etwa 15 Jahre. In Mali, Niger und Burkina Faso sind viele Schulen wegen des Konflikts schon lange geschlossen. Es wächst eine Generation von Kindern auf, die leichte Beute für Dschihadisten sind. Jede Woche landen in Bamako Flüchtlinge aus Libyen, die auf der „Mittelmeerroute“ gestrandete Malier zurückbringen. Wahlen sind für viele Malier daher ein wichtiges Thema im täglichen Überlebenskampf.

Die Bundeswehr und die UN-Stabilisierungsmission sorgen dafür, dass Entwicklungshelfer umkämpfte Gebiete erreichen können, dass dort die Märkte öffnen. Dies ist ja nur ein kleiner Fortschritt, aber es zeigt, dass die militärische Präsenz sinnvoll ist – gerade jetzt, wo sich im Norden neue

Ein Abzug der Bundeswehr wäre der falsche Reflex

Wende im Kampf gegen den Dschihadismus bringen.
Bei allem Frust dürfen die geopolitischen Zusammenhänge nicht vergessen werden: Die Stabilität des Sahel-Raums ist wichtig für Europa, nicht nur wegen einer Ausbreitung von dschihadistischen Gruppen. Auch wegen der Demographie: Die Sahelstaaten zählen zu den ärmsten Ländern der Welt; zugleich verzeichnen sie eine der höchsten Wachstumsraten bei der Bevölkerungsentwicklung. Hatte Mali bei der Unabhängigkeit 1960 etwa vier Millionen Einwohner, so sind es jetzt etwa 21 Millionen. Das Durchschnittsalter beträgt etwa 15 Jahre. In Mali, Niger und Burkina Faso sind viele Schulen wegen des Konflikts schon lange geschlossen. Es wächst eine Generation von Kindern auf, die leichte Beute für Dschihadisten sind. Jede Woche landen in Bamako Flüchtlinge aus Libyen, die auf der „Mittelmeerroute“ gestrandete Malier zurückbringen. Wahlen sind für viele Malier daher ein wichtiges Thema im täglichen Überlebenskampf.

Wahltermin eine Chance; nur so können die Sanktionen aufgehoben werden. Im Anschluss kann in Ruhe überlegt werden, in welcher Form und wie lange Deutschland sein Engagement im Sahel-Raum fortsetzt – aber bitte keine Schnellschüsse wie in Afghanistan.



Ulf Laessing leitet das Sahel-Programm der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bamako. Foto: Zaubler/Quintus

Nicht nur gut, sondern überfällig

Große Zustimmung zur Vier-Tage-Woche

VON ARIANE BEMMER

Man kann Belgien nur dankbar sein. Das Land löst das bisher fast naturgesetzliche Konzept der Fünf-Tage-Woche auf und verschafft seiner arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit, die vertraglich vereinbarten Wochenarbeitsstunden künftig auf nur noch vier Tage zu verteilen. Es ist ein Schritt, der, kaum, dass er getan ist, total überfällig wirkt. Wozu die aktuelle Forsa-Umfrage vom Wochenende passt, nach der 71 Prozent der Menschen in Deutschland begrüßen würden, wenn das auch hierzulande möglich wird. Und tatsächlich gibt es geradezu nichts, was dagegen spricht. Im Gegenteil könnte man überlegen, ob man auch in die andere Richtung flexibler wird: dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gern weniger Stunden pro Tag arbeiten, ihre Wochenarbeitszeit auf sechs Tage verteilen. Es konnte in Studien nachgewiesen werden, dass die Möglichkeit zur Selbstorganisation die Arbeitszufriedenheit steigert. Was nicht nur die Beschäftigten freut, sondern wovon auch die Unternehmen und Betriebe profitieren. Man hätte also eine Win-Win-Situation. Die zurückliegenden Coronanote könnten als eine ungeplante Testphase gelten, denn Arbeit im Homeoffice wurde oft anders eingeteilt als im Büro. Die hohe Zustimmungsrate aus der Forsa-Umfrage spricht dafür, dass diese Erfahrung bei den Beschäftigten gut angekommen ist. Arbeitsminister Hubertus Heil hat aber schon mitgeteilt, dass er keinen Anlass sieht, die Vier-Tage-Woche auch hierzulande zu etablieren. Sein Nein wirkt, als sei es jenen alten sozialdemokratischen Denken geschuldet, das hinter jeder Arbeitszeitflexibilisierung die Ausbeutung von Geknechteten durch die brutale Kante der bösen Bosse sieht. Aber ist das hier wirklich das Thema?

Die Wochenarbeitszeit an sich wird im belgischen Modell nicht weiter bearbeitet, die Arbeitszeit ist gar nicht unwahrscheinlich, dass eine Vier-Tage-Woche sogar noch das Unwesen der vielen unbezahlten Mehrarbeit eindämmt. Wird eine 38,5-Stunden Woche in vier Tage verteilt, ergibt das eine tägliche Netto-Arbeitszeit von 9,5 Stunden, an die sich nur unter deutlich größerer Kraftanstrengung noch Überstunden anhängen lassen – aus an knapp acht Stunden. Und ein fünfter Tag tauschen die Arbeitnehmer nicht im Dienstplan auf, weshalb sie ohnehin für Überstunden ausfallen. Pünktlicher Feierabend könnte so gesehen in der Vier-Tage-Woche eher die Regel sein als im bisherigen Modell.
Vielleicht finden sich in der Ampel-Regierung jenseits vom Bundesarbeitsminister Fürsprecher für die belgische Idee. Gut wäre das. Einer Gesellschaft, die man dauernd zu neuen Transformationen aufruft, darf man auch zutrauen, dass sie weiß, wie sie ihre Wochenarbeitszeit am besten verteilt.

ANZEIGE

Den Frühling entdecken – neue Weine für Kenner

„Jungferflug Storch“
Ein frühlinghafter Flug über die europäischen Weinberge: Kosten Sie drei junge und spannende neue Weißweine aus Portugal, Italien und Rheinhessen.
3 x 2 Flaschen à 0,75 l
2021* „Vinho Verde D.O.C. „Falco da Raza“, Quinta da Raza, Vinho Verde, Portugal, 11,5 %
2020* Pinot Grigio „Collevento 921“, Antornini, Friuli, Italien, 12 %
2021* Schuerebe trocken „Steinmeer“, vegan, Weingut Fogt, Rheinhessen, Deutschland, 12 %
45 € (4,5 Liter / 1 Liter = 10,00 €)
Bestellnr. 20669

„Jungferflug Flamingo“
Elegant, frisch und in ungeahnten Höhen schwebend – so zeigen sich diese beiden neuen Jahrgänge aus roten Trauben. Souverän kreiert von den Spitzenwinzern Christian Peth und Georg Fogt aus Rheinhessen.
2 x 3 Flaschen à 0,75 l
2021* „Rose d'une Nuit“, Peth-Wein, Rheinhessen, 12 %
2021* Spätburgunder trocken, Blanc de Noir, Fogt, Weines, Rheinhessen, 12,5 %
45 € (4,5 Liter / 1 Liter = 10,00 €)
Bestellnr. 20660

„Primavera all'italiana“
Frühling auf italienisch mit Verdicchio, Soave und Greco di Tufo: Drei besondere Rebsorten aus den Marken, dem Veneto und der Campania versprechen höchsten Genuss und exzellenten Geschmack.
3 x 2 Flaschen à 0,75 l
2020* „Via Condotto“ Verdicchio dei Castelli di Jesi, Tenuta Musone, Marken, Italien, 12,5 %
2021* Soave Mito, D.O.C. Azienda Monte Tondo, Veneto, Italien, 12 %
2020* Greco di Tufo D.O.C.G. Cantine Riccio, Campania, Italien, 13 %
49,50 € (4,5 Liter / 1 Liter = 11,00 €)
Bestellnr. 20661

* Jahrgänge können sich ändern. Enthält Sulfite.

shop.tagesspiegel.de

Bestellen Sie auch gerne telefonisch unter (030) 290 21-620 oder schicken Sie Ihre Anfragen an shop@tagesspiegel.de. Preise inkl. MwSt., zzgl. 5,95 € Versandkosten. Anbieter: Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Aakantischer Platz 3, 10963 Berlin

SHOP
TAGESSPIEGEL

Le bizzarre tendenze dei socialdemocratici

Matteo Renzi gioca a fare lo Schröder di turno e serve il principe saudita

Andrea Dernbach

Un ex capo di governo che, dopo aver perso la sua carica, tende la mano a governi stranieri: anche l'Italia ha avuto un "caso Schröder". Matteo Renzi, ex leader del Partito democratico (PD) e primo ministro dal 2014 al 2016, ha recentemente attirato più attenzione in Arabia Saudita che in Senato, dove ha ancora un mandato elettorale da espletare.

Anche quando il suo successore Giuseppe Conte fu costretto a dimettersi nel 2021, Renzi stava facendo affari in Arabia Saudita. Pare che per la sua consulenza, i cui dettagli non sono ancora noti, su come rendere il paesaggio desertico saudita più verde costruendo delle eco-città, abbia incassato un milione di euro. Ciò che è noto, invece, è il suo atteggiamento di stima per il monarca del Paese, il principe ereditario Mohammed bin Salman. Per Renzi MBS, che getta le attiviste per i diritti delle donne in prigioni di tortura perchè hanno guidato e, secondo un'indagine internazionale, ha fatto rapire e assassinare il giornalista dell'opposizione Jamal Kashoggi a Istanbul, è "un amico che conosce da anni". Renzi sostiene che il suo mandato di uccisione non è mai stato provato e che la sua dittatura è il luogo di "un possibile nuovo rinascimento".

L'elogio di dittatori sanguinari ("Putin è un democratico impeccabile") e stipendi milionari per - esatto, per che cosa? Il tutto suona molto familiare e le somiglianze sono tante: come Schröder anche Renzi è un socialdemocratico e, esattamente come l'ex cancelliere, predica bene ma razzola male. Il piano Hartz di Schröder non ha fatto altro che incentivare la creazione di un'enorme quantità di impieghi a basso salario. Il collega Renzi, millantato come "rottamatore", ha demolito completamente il già debole stato sociale italiano, minando la tutela dai licenziamenti ingiustificati e dando "il contentino" alle famiglie più povere con un ridicolo bonus mensile di 80 euro.

Quasi come un povero innocente perseguitato, Renzi risponde indignato alle critiche relative al suo secondo lavoro, estremamente remunerativo (probabilmente più un lavoro principale, che secondario): "vogliamo proibire ad un ex-primo ministro italiano di fare quello che tutti gli altri ex leader di governo nel mondo hanno sempre fatto e continuano a fare?". La domanda, in realtà, ha senso, dato che il suo caso è anche giuridicamente rilevante. Le procure di Firenze e Roma, infatti, stanno indagando perché le sue fatture sarebbero state emesse senza un reale corrispettivo. Ma i suoi predecessori sono numerosi: Gerhard Schröder, che ha architettato il gasdotto Nord Stream 1 con Vladimir Putin quando era ancora cancelliere, l'ex-primo ministro Tony Blair, che per accrescere ulteriormente i suoi onorari da sogno ha evaso le tasse, o un altro socialdemocratico che faceva consulenza per un'azienda di carne a 10.000 euro al mese. Del sistema di valori che ha reso grandi i partiti dei lavoratori è rimasto ben poco.

Ma torniamo all'Italia. Ripensando a "Mani pulite", le indagini sulla corruzione avviate 30 anni fa che portarono alla fine della Prima Repubblica italiana, Gherardo Colombo, uno dei procuratori dell'epoca, fa un amaro bilancio: in ambito politico prevale un "modello culturale diffuso" per cui "l'interesse personale e quello pubblico sono in contrasto tra loro". Il fatto che così tante figure di rilievo diano il cattivo esempio garantisce probabilmente il successo di questo modello. Non solamente in Italia.

Rückkehr von Woelki nicht erwünscht

Umfrage in Köln zeigt deutliche Ablehnung

Die Katholik:innen im Erzbistum Köln sind mit deutlicher Mehrheit gegen eine Rückkehr von Kardinal Rainer Woelki ins Amt des Erzbischofs. Nach einer repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag des „Kölner Stadt-Anzeigers“ sind 82 Prozent der Kirchenmitglieder der Ansicht, Papst Franziskus sollte Woelki absetzen. 92 Prozent meinen, Woelki hätte von sich aus Konsequenzen ziehen und zurücktreten sollen.

Eine Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte, die nach Woelkis „Auszeit“ für den 2. März vorgesehen ist, befürworten laut Umfrage nur elf Prozent der Katholiken im Erzbistum. Bei den regelmäßigen Kirchgänger:innen liege der Anteil mit 23 Prozent höher, hieß es. Aber auch in dieser Gruppe der besonders Kirchenverbundenen sprechen sich in der Umfrage mehr als zwei Drittel (68 Prozent) für die Abberufung ihres Erzbischofs aus.

Der Kölner Erzbischof steht vor allem wegen seines Umgangs mit der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen in der Kritik.

Erstmals stellte am Freitag die „Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen“ einen Tätigkeitsbericht vor: Demnach haben im vergangenen Jahr Betroffene von Missbrauch in der katholischen Kirche Anerkennungsleistungen von rund 9,4 Millionen Euro erhalten. Bis Ende 2021 seien rund 600 Fälle entschieden worden, teilte die Vorsitzende der Kommission, Margarete Reske, mit.

Widerstand und Standpauke

Italiens Regierungsparteien hintertreiben Reformen – zum Ärger von Ministerpräsident Draghi

VON DOMINIK STRAUB

Mario Draghis Verärgerung war derart groß, dass er am Donnerstag vorzeitig ein Gipfeltreffen mit der Afrikanischen Union in Brüssel verließ, sich ins Flugzeug setzte und nach Rom zurückflog, um den Spitzen seiner Regierungskoalition die Leuten zu lesen. Die Parteien, erklärte der Premier während der Sitzung, sollen ihm klipp und klar sagen, ob sie noch bereit seien, die Reformen mitzutragen und bei der Modernisierung des Landes mitzuwirken. Wenn dies nicht mehr der Fall sei, dann sei er die falsche Person am falschen Platz. „Ich beabsichtige nicht, hier einfach meinen Sessel zu wärmen“, wurde Draghi von einem Minister zitiert, der beim Eklat dabei gewesen ist.

In der Nacht zuvor hatten Abgeordnete der Koalition gleich in vier Fragen gegen die eigene Regierung gestimmt und die Vorlagen damit versenkt. Unter anderem hat die zuständige Kommission der Abgeordnetenkammer verhindert, dass die Obergrenze für Barzahlungen von bisher 2000 auf 1000 Euro gesenkt wird. Dabei handelte es sich um einen der Schritte, mit denen Draghi die grassierende Steuerhinterziehung bekämpfen will. Lega-Chef Matteo Salvini brüstete sich danach auf Facebook, der eigenen Regierung ein Bein gestellt zu haben. „Dank der Lega und den anderen Rechtsparteien ändert sich die Obergrenze beim Gebrauch von Bargeld nicht“, schrieb Salvini triumphierend.

Salvinis Lega ist aber nicht die einzige Partei, die bei den Reformen ausschert, und der vierfache Widerstand im Parlament war



Eigentlich in europäischer Mission in Brüssel unterwegs, eilte Italiens Regierungschef Mario Draghi prompt zurück nach Rom.

auch nur der berühmte Tropfen, der für Draghi das Fass zum Überlaufen brachte.

Seit Monaten schon werfen die Parteien dem Regierungschef Knüttel zwischen die Beine. Der Grund: 2023 wird das Parlament neu gewählt, und niemand will sich mit unpopulären Reformen die Gunst der Wählerinnen und

Wähler verscherzen. Vielmehr geben sich die Parteien spendabel. Besonders augenfällig war dies bereits im Spätherbst bei den Beratungen des Haushalts gewesen: Die Vorlage wurde, natürlich gegen den Willen von Draghi, vollgepackt mit allerlei Wohltaten und Geschenken an alle möglichen Wählergruppen.

Etlche Reformen sind inzwischen seit Monaten blockiert, allen voran die Steuerreform, die mit Blick auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Italiens als eine der wichtigsten gilt. Das Problem für die wahlkämpfenden Parteien: Die Reform sieht auch eine Anpassung der amtlichen Werte der Immobilien vor, die derzeit meist deutlich zu tief liegen. Und bei den jüngsten Reformen – etwa bei der Neuorganisation der Justiz und beim Vergleich an den Strandbädern mehr Wettbewerb einzuführen – distanzieren sich Parteivertreter:innen am gleichen Tag von den Beschlüssen, die ihre Minister wenige Minuten zuvor in der Regierungssitzung mitgetragen hatten.

Der Retter will nicht zum Totengräber werden

Für den 74-jährigen Draghi ist dies alles völlig inakzeptabel. Seine Regierung sei von Staatspräsident Sergio Mattarella vor einem Jahr eingesetzt worden, um Italien voranzubringen, erklärte Draghi während seiner Standpauke. Und nicht zuletzt gehe es auch um die 191 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds: Draghi erinnerte die Parteien daran, dass Brüssel die Freigabe dieser Gelder an die Einhaltung eines sehr anspruchsvollen Reform-Fahrplans geknüpft habe. Er sei nicht bereit, wegen der anstehenden Wahlen die EU-Hilfen aufs Spiel zu setzen und die einmalige Chance für Italien möglicherweise zu vergeben, betonte Draghi. Der Retter Italiens will nicht als deren unfreiwilliger Totengräber in die Geschichte eingehen.

Empörungswettbewerb bei Spaniens Konservativen

Madrids Regionalpräsidentin Ayuso wird Vetternwirtschaft vorgeworfen – nun tobt ein Machtkampf in der Volkspartei

VON MARTIN DAHMS

Solche Sätze hört man sonst in Mafiafilmen. „Weil mich weder die einen noch die anderen tot kriegen konnten, geht es jetzt gegen meine Familie, das Wichtigste, was ein Mensch hat“, sagte Isabel Díaz Ayuso am Donnerstagsvormittag in Madrider Landtag. Weil es der Regionalpräsidentin damit noch nicht genug war, rief sie am frühen Nachmittag die Presse zu sich und verlas eine Erklärung: „Obwohl das politische Leben voller Verdruss ist“, sagte sie, „hätte ich doch nie gedacht, dass die Führung meiner Partei so grausam und so ungerecht gegen mich handeln würde.“ Man bezieht sie der Korruption, „ohne Beweise, unter Einbeziehung meiner Familie“. Und noch einmal: „Familie ist das Wichtigste, was wir haben.“

Es war eine Kriegserklärung an die eigene Partei und eine Flucht nach vorne. Die 43-jährige Ayuso ist die schillerndste Figur der konservativen Volkspartei (PP), aufgestiegen fast aus dem



Da verstanden sie sich noch: Isabel Díaz Ayuso mit Volkspartei-Chef Pablo Casado im vergangenen Mai.

Nichts vor drei Jahren, als sie ihr Parteichef, Pablo Casado, zur Spitzenkandidatin für das Amt der Madrider Regionalpräsidentin machte. Kaum jemand setzte einen Pfifferling auf sie, aber mit Ach und Krach gewann sie das Amt. Und dann wurde sie ganz groß. Ihre Strategie, die sie jetzt gegen die eigene Partei wendet, war simpel und erfolgreich: Sie erklärte sich (und Madrid) jeden

Tag zum Opfer böser Kräfte, vornehmlich der nationalen, linken Sánchez-Regierung. Im vergangenen Jahr setzte sie Neuwahlen an, die sie mit beinahe absoluter Mehrheit gewann. Damit wurde sie ihrem Mentor Casado gefährlich. Ein parteiinterner Machtkampf begann. Erst untergründig. Jetzt ist er mit einer Gewalt ausgebrochen, wie sie Spanien lange nicht erlebt hat. Die Menschen im

Land können kaum den Blick von diesem Spektakel abwenden.

Am Donnerstag schickte der PP-Vorsitzende Casado noch seinen Generalsekretär vor, der Ayusos „grausamen und ungerechten“ Angriff auf die Parteiführung beklagte. Am Freitagmorgen sprach der Chef selbst, in einem Radiointerview: Es gehe bei den Vorwürfen gegen Ayuso „um genügend relevante Summen, dass jemand denken könnte, da gibt es Vetternwirtschaft“.

Ja, alles dreht sich um die Familie. Am 1. April 2020, als die Menschen in ganz Spanien wie die Fliegen an der eben explodierenden Corona-Epidemie starben, bestellte die regionale Gesundheitsbehörde bei einem alten Freund der Ayuso-Familie für gut 1,5 Millionen Euro FFP2- und FFP3-Masken. Und – es liegt noch im Nebel, wie und warum – auch Ayusos Bruder gewann bei diesem Geschäft: 55850 Euro plus Mehrwertsteuer, erklärte Ayuso am Freitag. Alles ganz legal, sagt sie, vom Finanzamt abgesetzt. Wobei niemand ihrem Bruder

oder dessen Geschäftsfreund Steuerhinterziehung vorgeworfen hat. Sondern eben Vetternwirtschaft.

Besonders empört die beleidigte Ayuso, dass ihre eigene Partei offenbar Privatdetektive auf sie oder ihren Bruder ansetzen wollte, um die Hintergründe des Geschäfts kennenzulernen. Solchen Eifer zeigt die PP sonst nicht, wenn es um die Aufklärung möglicher Korruption in den eigenen Reihen geht. Aber im Machtkampf werden eben alle Waffen zur Verfügung stehen.

Wenn Ayuso ihre Vorwärtsstrategie gegen die eigene Partei überlebt, dann wird man noch viel von ihr hören. Das hießes, dass sie in der Politik zu allem fähig ist. Dann wird sie, eher früher als später, auch spanische Ministerpräsidentin werden. Wenn nicht, dann war sie nicht mehr als eine kurzlebige Blüte im überhitzen Treibhaus der spanischen Politik, wie es sie schon viele vor ihr gab. Der Kampf hat gerade erst begonnen.

L'opposizione e la strigliata del premier

I partiti del governo mandano all'aria le riforme, facendo infuriare il primo ministro Draghi

DOMINIK STRAUB

Giovedì la rabbia di Mario Draghi è stata così grande che ha deciso di abbandonare il vertice con l'Unione Africana a Bruxelles prima del tempo, è salito su un aereo ed è tornato a Roma per fare una strigliata ai leader della sua coalizione di governo. Durante l'incontro il primo ministro ha detto che i partiti dovrebbero dirgli chiaramente se sono ancora disposti a sostenere le riforme e a collaborare alla modernizzazione del Paese. Se così non fosse, ha detto, allora è la persona sbagliata nel posto sbagliato. "Non siamo qui a scaldare la sedia", sono state le sue testuali parole, come riferisce un ministro che era presente.

La sera precedente i parlamentari della coalizione avevano votato contro il loro stesso governo su quattro questioni, mandando all'aria i progetti di legge. La commissione responsabile della Camera dei Deputati ha inoltre impedito che il limite massimo dei pagamenti in contanti fosse abbassato da 2000 a 1000 euro. Questo era uno dei passi fondamentali che Draghi voleva fare per combattere la dilagante evasione fiscale. Poco dopo il leader della Lega Matteo Salvini si vantava su Facebook di aver messo i bastoni tra le ruote al suo stesso governo. "Grazie alla Lega e agli altri partiti di destra il tetto all'utilizzo del contante non cambierà", ha scritto Salvini con fare trionfante.

Ma la Lega di Salvini non è l'unico partito a tirarsi indietro sulle riforme, e l'opposizione in Parlamento, proveniente da più fronti, è stata per Draghi solamente la famosa goccia che ha fatto traboccare il vaso.

Da mesi i partiti stanno mettendo i bastoni tra le ruote al capo del governo. Per quale motivo? Nel 2023 ci saranno le elezioni parlamentari e nessuno vuole perdere il favore degli elettori con riforme impopolari. Al contrario, i partiti vogliono essere generosi. Questo è stato particolarmente evidente nel tardo autunno, durante le delibere sul bilancio: ovviamente contro la volontà di Draghi, la bozza era stata riempita con ogni sorta di benefici e promesse per tutti i gruppi di elettori.

Nel frattempo diverse riforme sono bloccate da mesi, soprattutto la riforma fiscale, considerata una delle più importanti per la competitività economica dell'Italia. Il problema per i partiti in campagna elettorale: la riforma prevede anche un adeguamento dei valori ufficiali degli immobili, attualmente troppo bassi. Per quanto riguarda le riforme più recenti - come la riorganizzazione della magistratura e il tentativo di introdurre più concorrenza negli stabilimenti balneari - i rappresentanti dei partiti hanno preso le distanze dalle risoluzioni che i loro stessi ministri avevano appoggiato pochi minuti prima, durante la seduta del governo.

Per Draghi tutto questo è assolutamente inaccettabile. Il suo governo è stato nominato dal Presidente Sergio Mattarella un anno con lo scopo di modernizzare l'Italia, ha spiegato

durante la sua paternale. E, per ultimo ma non meno importante, ci sono in ballo i 191 miliardi di euro del fondo di ricostruzione dell'UE: Draghi ha ricordato alle parti che Bruxelles ha subordinato il rilascio di questi fondi al rispetto di una tabella di marcia molto esigente, che prevede l'attuazione di specifiche riforme. Draghi ha sottolineato che non è disposto a mettere a rischio gli aiuti dell'UE a causa delle prossime elezioni, facendo perdere all'Italia un'opportunità unica. Il "salvatore dell'Italia" non vuole passare alla storia come colui che ha involontariamente permesso di scavare la fossa al suo Paese.